

Die Deutsch-Hannoversche Partei und ihr Programm im Wandel

von Hans-Georg Aschoff

1. Die Deutsch-Hannoversche Partei während des Kaiserreiches

Die Deutsch-Hannoversche Partei entstand als regionale Oppositionspartei mit monarchistischer Ausrichtung. Sie überdauerte den Übergang vom Kaiserreich in die Weimarer Republik. Aufschlussreich ist die Fragestellung, inwieweit sich infolge der politischen Umwälzung Veränderungen hinsichtlich ihres Programms und ihrer Wählerschaft ergaben.

Die Ursprünge der Deutsch-Hannoverschen Partei (DHP)¹ gehen auf das Jahr 1866 zurück, als das Königreich Hannover nach der Niederlage im Deutschen Krieg seine Selbständigkeit verlor und als Provinz in den preußischen Staatsverband eingegliedert wurde. Bereits bei den Wahlen zum Norddeutschen Konstituierenden Reichstag im Frühjahr 1867 bildete sich in Hannover ein parteipolitischer Dualismus heraus, der weniger mit den Begriffen »liberal« und »konservativ«, sondern eher mit »regierungsfreundlich« und »oppositionell« zu bezeichnen war. Im regierungsfreundlichen Lager, das sich parteipolitisch vornehmlich in der Nationalliberalen Partei organisierte, befanden sich die Befürworter der neuen politischen Ordnung, während die Anhänger

¹ Hans-Georg ASCHOFF, Welfische Bewegung und Politischer Katholizismus 1866-1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreiches, Düsseldorf 1987; ders., Von der Reichsgründung bis zum Ende des I. Weltkrieges, in: Stefan BRÜDERMANN, Geschichte Niedersachsens, Bd. 4: Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, T. 1: Politik und Wirtschaft, Göttingen 2016, S. 283-382, hier S. 342-347; Hans PRIOP, Die Vorabstimmung in Hannover. Untersuchungen zur Vorgeschichte und Geschichte der Deutsch-hannoverschen Partei im preußisch-deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Diss. phil. Hamburg 1954, bes. S. 103-204; Edgar HARTWIG, Die Welfen 1866-1933 (Deutsch-Hannoversche Partei [DHP]), in: Dieter FRICKE u. a. (Hrsg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), Bd. 4: Reichsverband der Deutschen Industrie – Zweckverband der freien Deutschstumsvereine, Köln 1986, S. 482-490; Ernst SCHUBERT, Verdeckte Opposition in der Provinz Hannover. Der Kampf der »Welfen« um die regionale Identität während des Kaiserreichs, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 134 (1998), S. 211-272; Torsten RIOTTE, »Seiner Majestät allergetreueste Opposition«. Welfische Bewegung und politische Sprache in Kaiserreich und Weimarer Republik, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 82 (2010), S. 411-438.

des oppositionellen Lagers die preußische Politik in weiten Bereichen, insbesondere die Annexion des Königreiches Hannover, aus unterschiedlichen Gründen ablehnten. Die außerordentlich heterogene Oppositionsbewegung umfasste Konservative, Großdeutsche, Katholiken, z.T. Arbeiter der Richtung Lassalles und Anhänger eines demokratischen Liberalismus. Den eigentlichen Kern dieser Opposition, aus der sich die DHP dann entwickelte, stellten die »Welfen« dar, wie sie mit Bezug auf die entthronnte hannoversche Dynastie von ihren Gegnern genannt wurden. Zu dieser Gruppe gehörten vor allem der hannoversche Adel, Teile der alten hannoverschen Beamtenchaft und der orthodoxen lutherischen Geistlichkeit sowie der Handwerkerschaft und der ländlichen Bevölkerung hauptsächlich in den altwelfischen Stammländern. Die Gründe für ihren Anschluss an die Opposition reichten von konservativer, legitimistischer Gesinnung bis zur Furcht vor wirtschaftlichen und politischen Nachteilen im neuen preußischen Staat.² Die Gründung des »Hannoverschen Wahlvereins« im Winter 1869/70 brachte eine parteipolitische Festigung der welfischen Oppositionsbewegung; sie wurde in parlamentarische Bahnen überführt und nahm die Bezeichnung »Deutsch-Hannoversche Partei« an.³

Von Anfang an hatte sich die Mehrheit der katholischen Bevölkerung Hannovers der welfischen Opposition angeschlossen. Gemeinsame politische Anliegen wie die Stärkung des Föderalismus, Abwehr von Säkularisierungsbestrebungen, Bekenntnis zu christlichen Grundwerten und die gemeinsame Gegnerschaft zu den Nationalliberalen hatten zu diesem Zusammengehen geführt, das nach der Reichsgründung in verschiedenen hannoverschen Wahlkreisen in Wahlbündnissen von DHP und Zentrumspartei sowie im Anschluss der meisten deutsch-hannoverschen Reichstagsabgeordneten als Hospitanten an die Zentrumsfraktion seinen Ausdruck fand.⁴ Ein wichtiger Vermittler dieses Bündnisses war Ludwig Windthorst (1812–1891),⁵ der entscheidend an der Formierung der hannoverschen Oppositionsbewegung nach 1866 beteiligt gewesen war, sich nach der Reichsgründung aber der Zentrumspartei anschloss,

² ASCHOFF, Welfische Bewegung, wie Anm. 1, S. 42–77; ders., Reichsgründung, wie Anm. 1, S. 291–296.

³ ASCHOFF, Welfische Bewegung, wie Anm. 1, S. 78–87.

⁴ Ebd., S. 138–147.

⁵ Margaret L. ANDERSON, Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegner Bismarcks, Düsseldorf 1988; Hans-Georg ASCHOFF, Rechtsstaatlichkeit und Emanzipation. Das politische Wirken Ludwig Windhorsts, Sögel 1988; Hans-Georg ASCHOFF/Heinz-Jörg HEINRICH (Bearb.), Ludwig Windthorst. Briefe, 2 Bde., Paderborn u.a. 1995/2002; Helmut LENZING, Ludwig Windthorst. Neue Facetten seines politischen Wirkens, Haselünne 2011; Rüdiger DREWS, Ludwig Windthorst. Katholischer Volkstribun gegen Bismarck. Eine Biografie, Regensburg 2011.

die ihm ein größeres politisches Betätigungsfeld bot als die im Restaurationsgedanken befangene Welfenpartei.

Zum wichtigsten politischen Ziel der DHP entwickelte sich die Wiederherstellung des Königreiches Hannover.⁶ Mit der Restaurationsforderung besaß die DHP zwar ein integrierendes Element für ihre heterogene Wählerschaft; sie beschritt mit dieser Forderung aber auch den Weg zu einer geographisch begrenzten Regionalpartei. Dabei reichten die Vorstellungen über die Art der Selbständigkeit Hannovers von einer größtmöglichen Souveränität, wie sie zur Zeit des Deutschen Bundes bestanden hatte, bis zur Zuweisung der gleichen Stellung, wie sie die anderen deutschen Bundesstaaten im Rahmen der Reichsverfassung besaßen. Die Begrenzung der Reichsgewalt und der Macht der Reichsleitung sowie die Stärkung des Föderalismus bildeten ein wichtiges Anliegen der Partei, die die Existenz des kleindeutschen Reiches prinzipiell anerkannte. Man lehnte Reichsmonopole ab und trat für eine Beschränkung des »Militarismus« ein, was zur Ablehnung der Heeresvermehrungen und langfristiger Bewilligung der Heeresvorlagen führte. Mit der Forderung nach Steuersenkungen glaubte man den Interessen der Landwirtschaft entgegenzukommen, während man durch eine Revision der Gewerbeordnung von 1869 und durch eine Stärkung der Zünfte und Innungen einen besseren Schutz für die Handwerker gegen die Konkurrenz von Großbetrieben zu erreichen suchte. Die Beeinträchtigung der Parteiarbeit durch die preußischen Behörden und die Benachteiligung welfischer Anhänger im öffentlichen Leben förderten das Eintreten für politische und bürgerliche Freiheitsrechte; dazu gehörte die Ablehnung der Kulturkampfmaßnahmen und des Sozialistengesetzes. Auf Ablehnung stießen auch die ersten Ansätze einer Kolonialpolitik. In der zweiten Hälfte der Bismarckzeit stellte die DHP die stärkste politische Kraft der Provinz Hannover dar; das Bündnis mit den Katholiken trug dazu bei, dass sie zeitweise mit zwölf Abgeordneten im Reichstag vertreten war.

Die Wilhelminische Ära war für die DHP eine Zeit des Niedergangs.⁷ Programmatisch hielt die Partei an den Grundlinien fest, die sie bereits während der Bismarckzeit vertreten hatte. Jedoch erstarkte auch in ihren Reihen das nationale Bewusstsein, das u.a. in der Zustimmung zu den Heeresvorlagen am Vorabend des Ersten Weltkrieges seinen Ausdruck fand. Demgegenüber lehnte man die kaiserliche Flottenpolitik ab, weil diese u.a. das Verhältnis des Reiches zu Großbritannien belastete und eine Gefahr für den Weltfrieden darstelle. Am Ende des Kaiserreiches verfügte die DHP nur noch über ca. 14 %

6 ASCHOFF, Welfische Bewegung, wie Anm. 1, S. 124-137.

7 Ebd., S. 204-220.

der Wählerstimmen der Provinz.⁸ Die Gründe für ihren Niedergang lagen u.a. in der Aufsplittung des hannoverschen Parteiengefüges, dem Aufstieg der Sozialdemokratie, der zeitlichen Entfernung vom Jahr 1866, der Schwächung des mittelstaatlich-dynastischen Bewusstseins sowie in den wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandlungen der Provinz, die vor allem das Hauptwählerreservoir, die ländliche Bevölkerung und die Handwerkerschaft, schwächten.

Zum Niedergang der Partei trug aber auch die Aussöhnung des hannoverschen Königshauses mit den Hohenzollern bei, die innerhalb der Partei erhebliche Irritationen hervorrief. Diese Einigung, die in der Hochzeit Ernst Augusts (1887–1953),⁹ des einzigen noch lebenden Sohnes des Herzogs von Cumberland, und der Kaisertochter Viktoria Luise (1892–1980)¹⁰ 1913 ihren Ausdruck fand, und der folgende Regierungsantritts Ernst Augusts in Braunschweig führten die DHP in eine ernsthafte Krise, die den Gedanken ihrer Auflösung in der Parteileitung aufkommen ließ.¹¹ Die Auswirkungen der Ereignisse von 1913 auf die Anhängerschaft der Partei sind nicht eindeutig festzustellen, weil aufgrund des Ausbruches des Krieges keine Wahlen im Kaiserreich mehr stattfanden. Die Beziehungen des Welfenhauses zur Partei, vor allem zu den Parteiführern, lockerten sich. Dies führte zu einer Schwächung des dynastischen Gedankens innerhalb der Partei und stärkte die Vorstellung, eine Landespartei zu sein, die hauptsächlich die Interessen einer bestimmten Region wahrnahm und den Kampf für das Recht des Volkes auf Eigenständigkeit und Selbstverwaltung führte. Für Teile der Partei wurde durch diese Entwicklung der Übergang in die Weimarer Republik erleichtert.

⁸ Günther FRANZ, Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867 bis 1949, Bremen-Horn 1951, S. 18.

⁹ Gerd BIEGEL, Braunschweig-Lüneburg, Ernst August Herzog von, in: Horst-Rüdiger JARCK/Günter SCHEEL (Hrsg.), Braunschweigisches Biographisches Lexikon. 19. und 20. Jahrhundert, Hannover 1996, S. 96 f.; Hans-Georg ASCHOFF, Ernst August, Herzog von Braunschweig (1887–1953), in: Henning STEINFÜHRER/Gerd BIEGEL (Hrsg.), Die Zeit der Novemberrevolution in Braunschweig und ihre Protagonisten, Braunschweig 2020, S. 44–71.

¹⁰ Gerd BIEGEL, Braunschweig-Lüneburg, Victoria Luise Adelheid Mathilde Charlotte Herzogin von, in: JARCK/SCHEEL, Lexikon, wie Anm. 9, S. 94 f.; ders., Victoria Luise. Kaisertochter, Herzogin und Braunschweiger Bürgerin. Streiflichter aus ihrem Leben, Braunschweig 1992.

¹¹ ASCHOFF, Welfische Bewegung, wie Anm. 1, S. 293–310; Torsten RIOTTE, »Geht unsere ganze Volksbewegung jetzt zu Grunde ...?« – Die welfische Bewegung und der braunschweigische Herzogstitel vor und nach 1913, in: Ute DANIEL/Christian K. FREY (Hrsg.), Die preußisch-welfische Hochzeit 1913: Das dynastische Europa in seinem letzten Friedensjahr, Braunschweig 2016, S. 69–80.

2. Die Deutsch-Hannoversche Partei während der Weimarer Republik

a. *Die Wahl zur Nationalversammlung*

Die revolutionären Ereignisse im November 1918, die zum Sturz der Monarchie führten,¹² stießen auf die entschiedene Ablehnung der DHP.¹³ Dennoch verfiel man auf Seiten der Partei nicht in Resignation, sondern sah in der bevorstehenden politischen Neuordnung die Möglichkeit, das alte Ziel, die Wiederherstellung der Selbständigkeit Hannovers, erreichen zu können. Unter Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das während des Krieges und der Friedensverhandlungen allgemein als Grundlage einer übernationalen Ordnung propagiert worden war, erging an die Hannoveraner die Aufforderung, den Kampf für ein *freies Hannover in einem neuen freien Deutschland*¹⁴ zu unterstützen. Diese Forderung nach einem Freistaat Hannover sollte einmal ehemalige Parteianhänger für die bevorstehenden Wahlen aktivieren, aber auch neue Wählerschichten erschließen. Die revolutionären Ereignisse in Berlin, die Furcht vor »Bolschewisierung« und »Sozialisierung« förderten in Hannover separatistische und partikularistische Tendenzen, wie sie sich auch in der Rheinlandbewegung abzeichneten. Der Gedanke eines Freistaates Hannover erhielt somit eine neue Attraktivität, weil man davon überzeugt war, dass man in einem selbständigen Hannover die wirtschaftlichen Nöte der Nachkriegszeit besser als im preußischen Staatsverband überstehen könne. Ein weiteres wichtiges politisches Ziel der DHP bestand in der Verhinderung einer Mehrheit der Linksparteien in den Parlamenten. Die Schulerlasser des preußischen Kultusministers Adolf Hoffmann vom November 1918, die die Existenz der Konfessionsschule und den Religionsunterricht gefährdeten, sowie die Furcht vor einer radikalen Trennung von Kirche und Staat wurden von der DHP benutzt, um die Wähler zu mobilisieren.¹⁵ Besonders prägnant brachte der ehemalige

¹² Für Niedersachsen: Gerd STEINWASCHER, Politik und Gesellschaft in der Weimarer Republik, in: Gerd STEINWASCHER (Hrsg.), Geschichte Niedersachsens, Bd. 5: Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung, Hannover 2010, S. 19–197, hier S. 25–45.

¹³ Die DHP während der Weimarer Republik: PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 205–378; Hans-Georg ASCHOFF, Die Deutschhannoversche Partei zwischen Revolution und Machtergreifung (1918–1933), in: Stader Jahrbuch (1988), S. 61–87; STEINWASCHER, Politik, wie Anm. 12, S. 66–69.

¹⁴ Deutsche Volkszeitung, Nr. 13895, 12. November 1918, »An alle Hannoveraner«.

¹⁵ Vgl. ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 13, S. 64; vgl. Rudolf MORSEY, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966, S. 110–142; Helmut LENSING, Die Zentrumspartei in der Provinz Hannover während der Weimarer Republik, in: Emsländische Geschichte 25 (2018), S. 57–221; 26 (2019), S. 44–112; 27 (2020), S. 137–216; 28 (2021), S. 49–97; 29 (2022), S. 49–107; 30 (2023), S. 42–125; 31 (2024), S. 88–148; hier 28 (2021), S. 56–65.

Reichstagsabgeordnete Ludwig Alpers (1866–1959),¹⁶ eines der profiliertesten Mitglieder der DHP, die Grundanliegen der Partei auf einer Versammlung am 23. Dezember 1918 zum Ausdruck: Neben der »Hannoverschen Frage« oder »Loslösungsfrage« hob er den antisozialistischen Charakter der Partei hervor, wandte sich gegen jede Form der Enteignung und Verstaatlichung sowie gegen die Trennung von Kirche und Staat.¹⁷ Mit diesen Forderungen schuf die DHP eine Grundlage für die Erneuerung des Wahlbündnisses mit der Zentrumspartei; im Wahlkreis 16 stellten beide Parteien eine gemeinsame Wahlliste auf, wobei dem katholischen Pfarrer der hannoverschen St. Mariengemeinde, Wilhelm Maxen (1867–1946),¹⁸ eine entscheidende Rolle zufiel.¹⁹

Hinsichtlich des »Freistaatsgedankens« ging die DHP im Vergleich zum Kaiserreich noch einen Schritt weiter und bemühte sich, die Diskussion um die Reichsreform für ihre politischen Ziele nutzbar zu machen. Die Partei nahm eine bereits Anfang 1919 gestellte Forderung des Arbeiter- und Soldatenrates Hannover und der linkssozialistischen Braunschweiger Staatsregierung nach einem Zusammenschluss der Provinz Hannover und des ehemaligen Herzogtums Braunschweig zu einem niedersächsischen Staat auf und erweiterte sie. Nach ihren Vorstellungen sollte sich um ein selbständiges, von Preußen unabhängiges Hannover als Kristallisierungskern durch den freiwilligen Anschluss anderer Länder, wie Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe, ein

¹⁶ Axel BESTE, Ludwig Alpers (1866–1959), in: Edgar KALTHOFF (Hrsg.), Niedersächsische Lebensbilder, Bd. 7, Hildesheim 1971, S. 1–14; Hans-Georg ASCHOFF, Alpers, Ludwig, in: Brage BEI DER WIEDEN / Jan LOKERS (Hrsg.), Lebensläufe zwischen Elbe und Weser. Ein biographisches Lexikon, Bd. 1, Stade 2002, S. 31–34; Beatrix HERLEMANN, Alpers, Ludwig, in: dies., Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier 1919–1945, Hannover 2004, S. 25f.; Max SCHWARZ, MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965, S. 609; PRILOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 231; Heinz-Siegfried STRELOW, Ludwig Alpers – ein hannoverscher Idealist. Leben und Wirken des Kopfes der »Welfenbewegung«, in: Heimatland. Zeitschrift des Heimatbundes Niedersachsen, H. 2 (Juni 2015), S. 48–54. Alpers' Nachlass befindet sich im Kreisarchiv des Landkreises Rotenburg (Wümme), Bremervörde, Signatur: KreisA Row, F 1, Ludwig Alpers.

¹⁷ Henning K. MÜLLER/Michael EHRHARDT, Demokratie zwischen Monarchie und Diktatur: Politische Vielfalt in der Zeit der Weimarer Republik 1918 bis 1933, in: Norbert FISCHER/Michael EHRHARDT (Hrsg.), Geschichte des Landes zwischen Elbe und Weser, Bd. 4: Von preußischer Zeit bis ins frühe 21. Jahrhundert, Stade 2023, S. 379–484, hier S. 416.

¹⁸ Beatrix HERLEMANN, Maxen, Dr. phil. et theolog. Wilhelm, in: dies., Lexikon, wie Anm. 16, S. 233; SCHWARZ, MdR, wie Anm. 16, S. 711f.; Thomas SCHARF-WREDE, Seiner Zeit weit voraus: Pfarrer Wilhelm Maxen, in: Hans-Georg ASCHOFF/Thomas SCHARF-WREDE (Hrsg.), Katholisch in Hannover. Menschen – Geschichten – Lebenswelten, Regensburg 2019, S. 275–278; Franz-Joseph WOTHE, Wilhelm Maxen. Wegbereiter neuer Großstadtseelorge, Hildesheim 1962.

¹⁹ LENsing, Zentrumspartei 25 (2018), wie Anm. 15, S. 123–125.

großes Niedersachsen bilden. Die Lösung Hannovers von Preußen galt als ein erster Schritt auf dem Weg zu einem Freistaat »Niedersachsen«. Das »Aufgreifen des Niedersachsengedankens« geschah seitens der Parteileitung auch unter wahltaktischen Gesichtspunkten, um der Wiederherstellung Hannovers größere Resonanz zu verleihen und »die Restaurationsbestrebungen in eine zeitgemäße Form zu kleiden«.²⁰

Die Attraktivität des »Freistaatsgedankens«, aber auch die Einführung des Frauenwahlrechtes und die Herabsetzung des Wahlalters trugen zum Erfolg der DHP bei den Wahlen zur Nationalversammlung bei. In den drei niedersächsischen Wahlkreisen²¹ entfielen auf die Partei über 350 000 Stimmen; im Vergleich zu den Reichstagswahlen von 1912, den letzten im Kaiserreich, konnte die Partei ihre absolute Wählerzahl fast vervierfachen und wurde mit 17,7 Prozent nach der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) (38,3 Prozent) die stärkste politische Kraft.²² Sie zog mit fünf Abgeordneten in die Nationalversammlung ein; dabei handelte es sich um Ludwig Alpers (WK 37) sowie um Hermann Colshorn (1853-1931)²³ und Heinrich Langwost (1874-1944),²⁴ die zusammen mit Lorenz Blank (1862-1922)²⁵ und Wilhelm Maxen über die gemeinsame Liste von DHP und Zentrumspartei im Wahlkreis 16 in das Parlament gelangten. Hier beteiligten sich die deutsch-hannoverschen Abgeordneten an den Verfassungsberatungen zur Weimarer Reichsverfassung (WRV). Dabei richtete sich ihr Interesse besonders auf die Verfassungsbestimmungen, die eine Neugliederung des Reichsgebietes ermöglichen sollten. Die befriedigende Regelung des Neugliederungsartikels (Art. 18 WRV),²⁶ der die Voraus-

²⁰ PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 266; Hans-Georg ASCHOFF, Programmatik und Geschichtsbezug niedersächsischer Regionalparteien. NLP/DP, Deutsche Zentrumspartei, BHE, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 86 (2014), S. 71-105, hier S. 74f.

²¹ Der Wahl zur Nationalversammlung und den folgenden Reichstagswahlen lag das Verhältniswahlrecht zugrunde. Das Gebiet des heutigen Landes Niedersachsen war auf die Wahlkreise 15 (Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück sowie Freistaat Oldenburg), 16 (Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg und Freistaat Braunschweig) sowie Wahlkreis 37 (Regierungsbezirk Stade und die Hansestädte Hamburg und Bremen) aufgeteilt.

²² FRANZ, Wahlen, wie Anm. 8, S. 35.

²³ Beatrix HERLEmann, Colshorn, Hermann, in: dies., Lexikon, wie Anm. 16, S. 75; SCHWARZ, MdR, wie Anm. 16, S. 631.

²⁴ Beatrix HERLEmann, Langwost, Heinrich, in: dies., Lexikon, wie Anm. 16, S. 213; SCHWARZ, MdR, wie Anm. 16, S. 700; PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 231f.

²⁵ Beatrix HERLEmann, Blank, Lorenz, in: dies., Lexikon, wie Anm. 16, S. 47; SCHWARZ, MdR, wie Anm. 16, S. 621.

²⁶ Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, in: Ernst Rudolf HUBER (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 4: Deutsche Verfassungsdokumente 1919-1933, Stuttgart u.a. ³1991, S. 151-179, hier S. 154f., Art. 18 WRV: »Die Gliederung des Reichs in Länder soll unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten

setzungen für die Bildung eines Freistaates Hannover schuf, wenn seine Anwendung auch erst nach einer Sperrfrist von zwei Jahren nach Verkündigung der Reichsverfassung eintreten sollte, war ein wichtiger Grund dafür, dass die deutsch-hannoverschen Abgeordneten bei der Schlussabstimmung am 31. Juli 1919 für das Verfassungswerk stimmten.²⁷

b. Organisation und programmatische Äußerungen der Deutsch-Hannoverschen Partei

Die DHP änderte nach 1918 ihren politischen Charakter nur in einem geringen Maß; sie blieb eine regionale, »christlich-konservative Rechtspartei«,²⁸ in der legitimistische Gedanke im Laufe der Zeit wieder wachsende Bedeutung erlangte. Auch hinsichtlich ihrer Organisation bewahrte die DHP nach der Revolution weitgehende Kontinuität. Als wichtigste Parteiorgane fungierten der Ausschuss, der in den 1920er Jahren in »Zentralvorstand« umbenannt wurde und die Vertretung der Kreis- und Bezirksverbände bei der Parteizentrale war,

Bevölkerung der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung des Volkes dienen. Die Änderung des Gebiets von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reichs erfolgen durch verfassungsänderndes Reichsgesetz.

Stimmen die unmittelbar beteiligten Länder zu, so bedarf es nur eines einfachen Reichsgesetzes. Ein einfaches Reichsgesetz genügt ferner, wenn eines der beteiligten Länder nicht zustimmt, die Gebietsänderung oder Neubildung aber durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird und ein überwiegendes Reichsinteresse sie erheischt.

Der Wille der Bevölkerung ist durch Abstimmung festzustellen. Die Reichsregierung ordnet die Abstimmung an, wenn ein Drittel der zum Reichstag wahlberechtigten Einwohner des abzutrennenden Gebiets es verlangt. Zum Beschuß einer Gebietsänderung oder Neubildung sind drei Fünftel der abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten erforderlich. Auch wenn es sich nur um Abtrennung eines Teiles eines preußischen Regierungsbezirkes, eines bayerischen Kreises oder in anderen Ländern eines entsprechenden Verwaltungsbezirkes handelt, ist der Wille der Bevölkerung des ganzen in Betracht kommenden Bezirkes festzustellen. Wenn ein räumlicher Zusammenhang des abzutrennenden Gebiets mit dem Gesamtbezirk nicht besteht, kann auf Grund eines besonderen Reichsgesetzes der Wille der Bevölkerung des abzutrennenden Gebiets als ausreichend erklärt werden.

Nach Feststellung der Zustimmung der Bevölkerung hat die Reichsregierung dem Reichstag ein entsprechendes Gesetz zur Beschußfassung vorzulegen.

Entsteht bei der Vereinigung oder Abtrennung Streit über die Vermögensauseinandersetzung, so entscheidet hierüber auf Antrag einer Partei der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich.«

27 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 329, S. 297-299.

28 Horst W. SCHMOLLINGER, Die Deutsche Partei, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteienvademecum. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 2: CSU bis DSU, Opladen 1986, S. 1025-1111, hier S. 1027.

das Direktorium als eigentliches Leitungsgremium mit der Entscheidungskompetenz in allen grundlegenden Fragen sowie die Generalversammlung oder Landesversammlung, auf der das Direktorium Bericht erstattete, Anträge der Parteimitglieder entgegennahm und dem eine wichtige Funktion für die Repräsentation der Partei nach außen zukam.²⁹ Im Vorsitzenden des Direktoriums sah man den Parteiführer; dieses Amt hatte bis Mitte 1922 Arnold Freiherr von Schele (1849–1922)³⁰ inne; ihm folgte bis zur Auflösung der Partei Georg Ernst Graf von Bernstorff (1870–1939).³¹ Trotz intensiveren Strukturierungsversuchen durch die Parteisatzung von 1927³² behielt die DHP auch in der Weimarer Republik weitgehend den Charakter einer Honoratiorenpartei, der eine breit aufgestellte, die ganze Provinz umfassende Parteiorganisation mit »flächendeckend[en] Ortsgruppen als feste Basen« fehlte,³³ was die Partei in den Wahlkämpfen erheblich schwächte.³⁴ Sie hielt am System der vor Ort agierenden Vertrauensmänner fest; ihre Anhänger organisierten sich vornehmlich in einer Vielzahl welfischer Clubs und Vereine, die nicht in die eigentliche Parteiorganisation integriert waren; deren Spektrum reichte von Turn- und Gesangvereinen bis zu den Kriegervereinen und der »Deutschen Legion«,³⁵ die an die Tradition der Freikorps anknüpfte; im Gegensatz zu dieser stand der 1923 von Langwost gegründete »Großdeutsche Orden Heinrich der Löwe«, dessen Mitglieder als *progressiv* galten.³⁶

Unmittelbar nach der Verabschiedung der Verfassung setzte in der DHP die Diskussion darüber ein, inwieweit sich die Partei über die Forderung nach Wiederherstellung der Selbständigkeit Hannovers hinaus zu einzelnen politischen Problemen und Zielen programmatisch äußern sollte. Es wurden innerhalb der

²⁹ PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 225–235; ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 13, S. 71–73.

³⁰ SCHWARZ, MdR, wie Anm. 16, S. 448; Hans-Joachim BEHR, Die Freiherrn von Schele zu Schelenburg: Georg, Eduard und Arnold von Schele, in: Klaus J. BADE u.a. (Hrsg.), Schelenburg – Kirchspiel – Landgemeinde. 900 Jahre Schledehausen, Bissendorf 1990, S. 251–293, hier S. 279–291; ASCHOFF, Welfische Bewegung, wie Anm. 1, passim.

³¹ Beatrix HERLEMANN, Bernstorff, Heinrich, in: dies., Lexikon, wie Anm. 16, S. 41f.; SCHWARZ, MdR, wie Anm. 16, S. 619; Eckart CONZE, Von deutschem Adel. Die Grafen von Bernstorff im 20. Jahrhundert, Stuttgart/München 2000, S. 64–88, passim.

³² ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 13, S. 72.

³³ MÜLLER/EHRHARDT, Demokratie, wie Anm. 17, S. 419.

³⁴ STEINWASCHER, Politik, wie Anm. 12, S. 66f.

³⁵ Alheidis von ROHR, Bürgerlich, national oder welfisch: zum politischen Verhalten einiger Gruppen in Hannover, in: Anke DIETZLER u.a., Hannover 1933. Eine Großstadt wird nationalsozialistisch, [Hannover] 1981, S. 145–156, hier S. 152 f.

³⁶ VON ROHR, Bürgerlich, wie Anm. 35, S. 154; Detlef SCHMIECHEN-ACKERMANN, Kooperation und Abgrenzung. Bürgerliche Gruppen, evangelische Kirchengemeinden und katholisches Sozialmilieu in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Hannover, Hannover 1999, S. 36 f.

Partei Stimmen laut, die davor warnten, die *Existenzberechtigung der Partei einzig und allein mit der Vergewaltigung des Jahres 66 und der Forderung auf Wiedergutmachung dieses Unrechts zu begründen.*³⁷ Diese Parteikreise, zu denen u. a. der Verdener Rechtsanwalt Eberhard Hagemann gehörte, forderten zur Vermeidung eines *rein negativen Verhaltens* die unverzügliche Ausarbeitung eines Programms, das *sich auch eingehend mit den wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Fragen auseinandersetzen müsse.*³⁸

Die Gegner eines offiziellen Parteiprogramms, zu denen u. a. Alpers gehörte, stützten sich auf das Argument, dass die Revolution noch nicht abgeschlossen sei und sich die politische Situation noch in der Entwicklung befände. Trotz dieser unterschiedlichen Standpunkte erschien bereits im September 1919 in den »Mitteilungen für die Vertrauensleute der Deutsch-hannoverschen Partei«, die von der Parteileitung herausgegeben wurden, ein »Entwurf für das Programm der Deutsch-hannoverschen Partei«, der sich vor allem mit der Haltung der Partei zu den Fragenkomplexen Verhältnis Reich und Länder, Außenpolitik, Kultur, Landwirtschaft, Mittelstandspolitik, Soziales und Verwaltung äußerte.³⁹ Auf der Ausschusssitzung vom 20. September 1919 wurde eine Programmkommission eingesetzt, deren Aufgabe in der Endredaktion eines Parteiprogrammes bestand. Besonders intensiv wurde in der Folgezeit über die Staatsform der Monarchie diskutiert. Dabei bildeten sich zwei Richtungen heraus: Ein welfisch-legitimistischer Flügel, der von Eberhard von der Decken (1843–1931)⁴⁰ angeführt wurde, lehnte die demokratische Staatsform ab und befürwortete die Restauration der Fürsten, sowohl des Kaisers als auch der Welfendynastie. Diesem Lager gehörte auch der spätere Parteivorsitzende Bernstorff an, für den ein unabhängiges Hannover nur als Königreich und als Teilstaat eines Reichsverbandes mit einem Monarchen an der Spitze Bestand haben konnte.⁴¹ Als Reichsspitze plädierte er für einen auf Lebenszeit bestellten Wahlkaiser, der als Präsident einem aus den Landesfürsten, darunter auch dem König von Hannover, bestehenden Kollegium vorstehen sollte.⁴² Noch als Parteivorsitzender ließ Bernstorff in privaten Äußerungen keinen »Zweifel an seiner Ablehnung der Republik und seinem traditionsverhafteten Monarchismus«.⁴³

Dem monarchistischen Lager stand eine Gruppierung gegenüber, die von Heinrich Langwost repräsentiert wurde und der Frage der Restauration der

37 Zitiert nach ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 13, S. 68.

38 Zitiert nach ebd.

39 ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 13, S. 68.

40 PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 233.

41 CONZE, Adel, wie Anm. 31, S. 66.

42 Ebd., S. 72 f.

43 Ebd., S. 67.

Monarchie eine zweitrangige Bedeutung zuwies; sie stellte sich mit der Anerkennung der republikanischen Staatsform auf den Boden der Tatsachen und erstrebte von hier aus die Wiederherstellung Hannovers als selbständigen Bundesstaat.⁴⁴ Diesen Standpunkt teilte auch die im September 1919 eingesetzte Programmkommission, die hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Fragen folgende Formulierung vorschlug: *In einem republikanisch regierten Deutschland ist ein monarchisches Hannover undenkbar. Die deutsch-hannoversche Partei erstrebt die Wiederherstellung Hannovers nur in der Form eines Freistaates. Sie verurteilt insbesondere jeden Versuch der gewaltsamen Wiederherstellung der Monarchie; die Restauration der Monarchie sei allein durch eine Entscheidung des Volkes möglich und erscheine dann in der Form des Volkskönigtums.*⁴⁵ Den Parteimitgliedern sollte es überlassen bleiben, ob sie die Republik oder ein solches Volkskönigtum für erstrebenswert hielten.

Allerdings stieß dieser Entwurf in Parteikreisen auf Ablehnung, so dass sich das Direktorium für eine Formulierung Bernstorffs entschied. Danach hielt die DHP die Monarchie für die der deutschen, insbesondere der niedersächsischen Stammesart am meisten entsprechende Staatsform und sah in einem vom Vertrauen und der Mitarbeit des Volkes getragenen Volkskönigtum die sicherste Gewähr für die gerechte Abwägung der Interessen aller Bevölkerungsschichten und für die Stetigkeit der Regierung; da für die Partei über der Staatsform aber das Staatswohl stehe, verurteilte sie jeden Versuch der gewaltsamen Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland und Hannover.⁴⁶ Da auch gegen diesen Vorschlag Bedenken, insbesondere vom Parteivorsitzenden Schele erhoben wurden, einige man sich auf die Erklärung, dass die Monarchie *allein [...] in deutschen Landen auch die notwendige Rechtsgrundlage besitze;*

über der Staatsform steht der Partei aber die Wohlfahrt des Volkes, sie verurteilt daher den Versuch der gewaltsamen Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland und Hannover. Nur in Übereinstimmung mit dem Willen des Volkes kann eine Änderung der Staatsform erfolgen. Trotz monarchischer Grundauffassung wird die deutsch-hannoversche Partei in der Republik mitarbeiten, weil sie heute nur so dem Vaterlande dienen kann.⁴⁷

Mit dieser Formulierung versuchte die Partei, die keine »Fundamentalopposition zum neuen Staat«⁴⁸ treiben wollte, ihre monarchische Grundauffassung

44 STEINWASCHER, Politik, wie Anm. 12, S. 67.

45 Zitiert nach ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 13, S. 69.

46 Zitiert nach ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 13, S. 69 f.; CONZE, Adel, wie Anm. 31, S. 67.

47 Zitiert nach ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 13, S. 70.

48 CONZE, Adel, wie Anm. 31, S. 67.

mit der gegebenen verfassungsrechtlichen Situation in Einklang zu bringen. Sie bemühte sich, Monarchisten und Republikaner für den Kampf um ein selbständiges Hannover zu gewinnen, was dazu führte, dass die Aussagen der Partei zur Verfassung unausgeglichen und mehrdeutig blieben und »zu Verdächtigungen von gegnerischer Seite«⁴⁹ führten. Die DHP veröffentlichte ihre grundsätzlichen Aussagen zur Staatsform und zu anderen politischen Fragen nicht als Programm, sondern Anfang 1920 als »Richtlinien der deutsch-hannoverschen Partei«,⁵⁰ damit wollte man Einwänden innerhalb der Partei begegnen und eine zu strenge Festlegung in einzelnen politischen Fragen vermeiden.

In den programmatischen Richtlinien bekannte sich die DHP außerdem zur Einheit des Reiches auf föderalistischer Grundlage; sie befürwortete eine Stärkung der Reichsgewalt, vor allem hinsichtlich des Steuerwesens, wenn dadurch nicht die Gesetzgebung der Länder über alle Materien [...], deren sie zur Aufrechterhaltung ihres wertvollen kulturellen Einzellebens und zur Entfaltung ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten bedurften, beeinträchtigt würde. Zu den außenpolitischen Forderungen gehörten der Anschluss Deutsch-Österreichs an das Reich und die Errichtung des Völkerbundes mit Deutschland als gleichberechtigtem Mitglied; die Wiederherstellung eines den deutschen Bedürfnissen entsprechenden Kolonialgebietes galt der Partei als eine Forderung der Gerechtigkeit. Ansonsten hielt das Programm im Wesentlichen an Grundlinien fest, die die Partei bereits im Kaiserreich vertreten hatte. Sie forderte u.a. den Ausbau der Selbstverwaltung, eine bessere gesetzliche Regelung polizeilicher Befugnisse, die Gleichstellung der Frau, die Stärkung der Ehe und Familie, die Sicherung der Kirchenfreiheit, die Herstellung einer alle Lebensgebiete umfassenden deutschen Gesamtkultur auf christlicher Grundlage sowie die Wahrung des Elternrechtes hinsichtlich konfessioneller Schulen und des konfessionellen Religionsunterrichtes in den Simultanschulen. Das Eintreten für die Erhaltung eines kräftigen Mittelstandes schloss die Sicherung der hannoverschen Agrarverhältnisse, die Vermehrung der Anzahl selbständiger Landwirte sowie die Förderung des Handwerks als der Industrie und dem Handel gleichberechtigten Wirtschaftsfaktor ein. Den Arbeitern gestand das Programm die Beteiligung an der Regelung des Arbeitsverhältnisses durch gewählte Vertreter in den einzelnen Unternehmen zu, und es stimmte sogar der Soialisierung ganzer Industriezweige zu, wenn diese ihre monopolartige Stellung zum Schaden der Allgemeinheit ausnutzten.⁵¹

49 PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 234.

50 Ebd., S. 213-221.

51 Alles zitiert nach ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 13, S. 70f. 1920 waren in den niedersächsischen Wahlkreisen auf die DHP 318 189 Stimmen (15,9 %) gefallen (FRANZ, Wahlen, wie Anm. 8, S. 96).

c. Die Vorabstimmung 1924

»Ermutigt durch die relativ guten Wahlergebnisse in der preußischen Provinz Hannover«,⁵² konzentrierte sich die DHP nach Ablauf der zweijährigen Sperrfrist auf die Anwendung der in Art. 18 WRV festgeschriebenen plebisztären Verfahren, um die Wiederherstellung eines unabhängigen Hannover zu erreichen.⁵³ Danach musste ein Drittel der Wahlberechtigten des betroffenen Gebietes in einer Vorabstimmung einen Volksentscheid fordern, während in der Hauptabstimmung die Hälfte der Wähler der Neuordnung zustimmen musste. Auf diese Vorabstimmung richteten sich die Bemühungen der Partei. Die Parteileitung war sich bewusst, dass zur Erreichung des erforderlichen Quorums an Stimmen die Unterstützung durch andere Parteien notwendig war. Um der Vorabstimmung den Anschein zu nehmen, sie beruhe auf einem einseitigen parteipolitischen Interesse der DHP, und um die Basis der Befürworter zu erweitern, wurde u. a. innerhalb der Partei empfohlen, das monarchische Prinzip in der Agitation nicht zu stark hervorzuheben und den Niedersachsen-gedanken stärker zu betonen.

Die Reaktion der anderen Parteien auf die beabsichtigte Vorabstimmung war für die DHP ernüchternd.⁵⁴ Die Vorabstimmung stieß vor allem bei SPD, Deutscher Volkspartei (DVP) und Deutschnationaler Volkspartei (DNVP) auf entschiedene Ablehnung, wobei sich die hannoversche SPD als ein besonders heftiger Gegner der Loslösungsbestrebungen erwies, während in der DVP als Nachfolgerin der Nationalliberalen Partei traditionelle antiwelfische Ressentiments zum Tragen kamen. Gewisse Sympathien fanden die deutsch-hannoverschen Bestrebungen ursprünglich bei der Deutschen Demokratischen Partei (DDP); jedoch empfahl dann die Parteiführung unter dem Eindruck der für das Reich bedrohlichen außenpolitischen Lage ihren Anhängern Abstimmungsenthaltung bzw. Ablehnung. Eine ähnliche Haltung nahm das Zentrum ein; aufgrund gemeinsamer föderalistischer Zielsetzungen standen Parteikreise dem deutsch-hannoverschen Vorhaben anfangs nicht ablehnend gegenüber. Im Laufe der Zeit wuchs jedoch der Widerstand gegen eine Zerschlagung Preußens, zumal man befürchten musste, in einem unabhängigen Land Hannover nur noch geringen politischen Einfluss zu besitzen, den man gerade in Preußen, nicht zuletzt durch Beteiligungen an der Regierung, gewonnen hatte. So sprachen sich vor allem Mitglieder der Reichs- und Landesparteileitung gegen

52 STEINWASCHER, Politik, wie Anm. 12, S. 83f.

53 PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 311-334; ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 13, S. 74-80.

54 Über die Stellungnahme der Parteien zur Vorabstimmung: PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 294-306.

ein unabhängiges Hannover aus; unter ihnen agitierten der katholische Gewerkschafter und ehemalige preußische Ministerpräsident Adam Stegerwald (1874-1945) und Reichskanzler Wilhelm Marx (1863-1945) mit besonderer Schärfe; Unterstützung für die Vorabstimmung sagten nur einzelne lokale Zentrumsrepräsentanten zu, wie Pastor Wilhelm Maxen in Hannover.⁵⁵ So sah sich die DHP »am Vorabend der Vorabstimmung [...] der geschlossenen Front aller großen Parteien gegenüber«.⁵⁶

Nicht zuletzt die kritische außenpolitische Lage des Reiches führte zu einer Verschiebung der Vorabstimmung über die Sperrfrist hinaus, was die Chancen eines für die Deutsch-Hannoveraner positiven Ausgangs beeinträchtigte.⁵⁷ Erst nach dem Ende der Ruhrbesetzung fand sie am 18. Mai 1924, zwei Wochen nach der Reichstagswahl, statt; gegen diesen Termin hatten Parteimitglieder Vorbehalte geäußert, weil die Gefahr bestand, dass die Hannoverfrage parteipolitisch in den Wahlkampf hineingezogen würde. In der Vorabstimmung sollten die Wahlberechtigten darüber entscheiden, ob *die Provinz Hannover mit Ausnahme des Regierungsbezirks Aurich aus Preußen ausscheiden soll, um ein Land zu bilden*.⁵⁸ Vermutlich war der absehbare Misserfolg der Abstimmung in Ostfriesland der Grund dafür, dass dieser Landesteil nicht einbezogen wurde.

Nach der Reichstagswahl setzte ein massives Vorgehen der preußischen Regierung und der Behörden unter dem hannoverschen Oberpräsidenten Gustav Noske (1868-1946) gegen die Vorabstimmung ein;⁵⁹ »tatsächlich hat er alles getan, um die Vorabstimmung zu vereiteln«.⁶⁰ Neben dieser Intervention trugen die Zurückhaltung bzw. Gegnerschaft der anderen Parteien, vor allem aber auch die ungünstigen Zeitumstände, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Inflation, die das allgemeine Interesse stärker als die welfischen Bestrebungen in Anspruch nahmen, erheblich zu dem für die DHP enttäuschen den Ausgang der Vorabstimmung bei.⁶¹ Es sprachen sich lediglich 25,5 % der Wahlberechtigten für die Durchführung einer Hauptabstimmung aus, womit die Vorabstimmung gescheitert war; nur in 16 von 52 hannoverschen Kreisen war die Mindeststimmenzahl erreicht worden. Von den Regierungsbezirken kam allein Lüneburg knapp diesem Ziel nahe (32,2 %), während sich in den

⁵⁵ STEINWASCHER, Politik, wie Anm. 12, S. 83f.; allgemein über die Haltung des Zentrums: LENSING, Zentrumpartei, wie Anm. 15, 28 (2021), S. 65-97; 29 (2022), S. 49-64.

⁵⁶ PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 306.

⁵⁷ Über die einzelnen Etappen zur Vorabstimmung: ebd., S. 311-316.

⁵⁸ Text: Der Kampf um die Vorabstimmung in Hannover im Jahre 1924, hrsg. im Auftrag der Deutsch-hannoverschen Partei, Hannover 1924, S. 12.

⁵⁹ Vgl. PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 285f., 321-324.

⁶⁰ Ebd., S. 321.

⁶¹ Über den Verlauf und das Ergebnis der Vorabstimmung: ebd., S. 326-329.

Regierungsbezirken Hannover 27,3 %, Stade 26,3 %, Hildesheim 22,8 % und Osnabrück 14,3 % der Wahlberechtigten für eine Volksabstimmung aussprachen. Die DHP erzielte in den Gebieten, die bereits im Kaiserreich ihre Hochburgen gewesen und die weitgehend mit den altwelfischen Landen identisch waren, ihre besten Ergebnisse.⁶²

d. Die Zeit nach der Vorabstimmung

Die Niederlage bei der Vorabstimmung hat die Kraft der deutsch-hannoverschen Bewegung gebrochen.⁶³ Sie leitete den Niedergang der Partei ein; denn die DHP verlor an Ansehen bei den Wählern und büßte das Vertrauen in ihre Aktionsfähigkeit ein. Der Misserfolg gefährdete darüber hinaus die Einigkeit der Partei und trug zum Aufbrechen des Gegensatzes zwischen der demokratisch-republikanischen und der althannoversch-legitimistisch-monarchistischen Richtung bei; dieser Flügel trat in der Folgezeit immer stärker hervor. In den offiziellen Verlautbarungen unterließ die Partei zwar ein Bekenntnis zur Wiederherstellung der Monarchie; jedoch mehrten sich die Anzeichen einer wachsenden Dominanz dynastischer Vorstellungen innerhalb der DHP und unter ihren Anhängern. Dazu gehörten organisierte Fahrten zum Schlachtfeld von Langensalza, zur welfischen Marienburg oder ins englische Windsor zum Grab Georgs V. (1819-1878)⁶⁴ sowie die Gründung des Herzogin-Viktoria-Luise-Bundes, der Nachfolgeorganisation des 1919 entstandenen Deutsch-hannoverschen Frauenbundes.⁶⁵ Belege für die Schwächung der republikanisch-»demokratiefähigen Richtung in der DHP«⁶⁶ waren auch der triumphale Empfang, der dem ehemaligen Herzog von Braunschweig Ernst August und seiner Gemahlin, Herzogin Viktoria Luise, 1925 auf ihrer Rundreise durch die Provinz Hannover in einigen Landesteilen, wie dem Wendland, zuteilwurde,⁶⁷ oder der im gleichen Jahr vollzogene zeitweilige Parteiausschluss Langwosts, der als der eigentliche Führer des linken bürgerlichen und republikanischen, »mit demokratischen Kräften kooperationswilligen« Flügels der Partei galt.⁶⁸

62 FRANZ, Wahlen, wie Anm. 8, S. 51-53, 106 f.

63 PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 335-367.

64 STEINWASCHER, Politik, wie Anm. 12, S. 68.

65 VON ROHR, Bürgerlich, wie Anm. 35, S. 153.

66 SCHMIECHEN-ACKERMANN, Kooperation, wie Anm. 36, S. 37.

67 CONZE, Adel, wie Anm. 31, S. 74 f.

68 SCHMIECHEN-ACKERMANN, Kooperation, wie Anm. 36, S. 37; PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 339. Langwost bemühte sich nach 1918, auch die Arbeiterschaft in einem stärkeren Maße für die DHP zu gewinnen. Diese »Linkstaktik« führte zu einem Kon-

1930 gelang es »monarchistisch ausgerichteten Kräften«, eine erneute Kandidatur des langjährigen Reichstagsabgeordneten Ludwig Alpers, der innerparteiliche Bestrebungen einer stärkeren Anlehnung an das rechte Parteien-Spektrum vehement ablehnte, zu verhindern.⁶⁹

Das Erstarken der monarchistisch-konservativen Strömung in der DHP fand auch im Verhalten der Parteileitung während der Reichspräsidentenwahl 1925 deutlichen Ausdruck.⁷⁰ Im ersten Wahlgang am 29. März 1925, der nach dem Tod Friedrich Eberts notwendig geworden war, kandidierten der von der SPD nominierte preußische Ministerpräsident Otto Braun (1872–1955) und der von DNVP und DVP aufgestellte ehemalige Reichsinnenminister Karl Jarres (1874–1951); die Zentrumspartei benannte Wilhelm Marx und die DDP den badischen Staatspräsidenten Willy Hellpach (1877–1955). Die Leitung der DHP glaubte, keinen dieser Kandidaten empfehlen zu können, wobei gegen Braun ideologische Gründe, vor allem seine Tätigkeit in Preußen, sprachen, während Jarres und Marx wegen ihrer Gegnerschaft gegen die Vorabstimmung im Jahr zuvor abgelehnt wurden. Das Direktorium empfahl dagegen die Unterstützung des bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held (1868–1938), der kurz vor der Wahl von der Bayerischen Volkspartei (BVP) aufgestellt worden war und als überzeugter Föderalist galt.⁷¹ Da keiner der Bewerber die absolute Mehrheit gewann, war ein zweiter Wahlgang notwendig, in dem die einfache Mehrheit ausreichend war. Die Parteien der Weimarer Koalition (SPD, Zentrum, DDP) einigten sich auf Marx als gemeinsamen Bewerber, während als Kandidat des »Reichsblocks«, einer Verbindung rechter Parteien, zu denen die DNVP, die DVP und die BVP gehörten, Paul von Hindenburg (1847–1934) nominiert wurde. Auf einer Versammlung von Direktorium, Bezirksvorständen und Abgeordneten wurde auf Vorschlag des Landtagsabgeordneten Karl Biester (1878–1949)⁷² gegen eine Stimme beschlossen, die Parole für den Generalfeldmarschall auszugeben. Obwohl dieser vielen Parteianhängern als Repräsentant des »alten Preußen« erschien, glaubte die Parteileitung sich für ihn entscheiden zu müssen, weil er *nicht Parteimann* war, während Marx als

flikt mit einem Teil des Direktoriums (PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 231 f.). Gegen Ende der 1920er Jahre gehörte Langwost dem »extrem monarchistisch konservativen Flügel« der DHP an (VON ROHR, Bürgerlich, wie Anm. 35, S. 154).

69 MÜLLER/EHRHARDT, Demokratie, wie Anm. 17, S. 419.

70 PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 341–343; ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 13, S. 81–83; Ulrich VON HEHL, Wilhelm Marx 1863–1946. Eine politische Biographie, Mainz 1987, S. 335–349; Klaus SCHÖNHOVEN, Die Bayerische Volkspartei 1924–1932, Düsseldorf 1972, S. 116–131.

71 SCHÖNHOVEN, Volkspartei, wie Anm. 70, S. 122.

72 Beatrix HERLEMANN, Biester, Karl, in: dies., Lexikon, wie Anm. 16, S. 45.

Exponent der Sozialdemokratie galt;⁷³ entscheidend für die Stellungnahme der DHP blieb aber wohl Marx' Verhalten in der Abstimmungsfrage. Die Wahlparole für Hindenburg stieß in der Partei auf Widerspruch; bei der Wahl spaltete sich die deutsch-hannoversche Anhängerschaft, indem ein Teil für Marx, ein anderer für Hindenburg als Verkörperung des monarchischen Prinzips votierte. Zu den Gegnern der Wahlempfehlung für Hindenburg gehörte Baron von Reden-Hastenbeck, der erklärte, dass die Partei die Berechtigung aufgegeben habe, »Deutschhannoversche Partei« zu heißen.⁷⁴ Auch der Parteivorsitzende Bernstorff hatte sich im Zentralvorstand gegen Hindenburg ohne Erfolg ausgesprochen; für ihn verkörperte dieser die »preußische Dominanz über Hannover«, das »Macht-vor-Recht-Denken«, das die welfische Bewegung seit 1866 bekämpfte, sowie einen gleichmacherischen preußisch-deutschen Nationalismus, der keinen Platz für Partikularrechte oder föderalistische Strukturen ließ.⁷⁵ Die Empfehlung des Direktoriums wurde als die Entscheidung für das kleinere Übel hingestellt. Wahrscheinlich erschien in den Reihen der DHP Hindenburg als »Monarchist« und damit »als Exponent und Anhänger einer Staatsform, zu der sich gerade nach 1924 auch die DHP deutlicher als je bekannte«; Hindenburg »brachte als Staatsoberhaupt durchaus monarchische Elemente in die Republik ein«.⁷⁶

Die Auseinandersetzungen um die Reichspräsidentenwahl von 1925 machten noch einmal deutlich, dass die Partei im traditionellen Rechtsstandpunkt und im Kampf für die Selbständigkeit Hannovers ihr eigentliches Integrationsmoment besaß, was auch in programmatischen Äußerungen in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre deutlich hervortrat. So sah die DHP in der *schleunigen Inangriffnahme der Reichsreform* weiterhin die *vordringlichste Aufgabe der inneren Erneuerungsarbeit*.⁷⁷ Als *niedersächsische Partei* strebte sie als weiteres Ziel die *Bildung eines Landes Niedersachsen durch freiwilligen Anschluß niedersächsischer Nachbargebiete* an.⁷⁸ Jedoch unternahm die DHP nach 1924 keinerlei ernsthafte Versuche mehr, eine erneute Volksabstimmung mit dem Ziel einer Herstellung der Selbständigkeit Hannovers in die Wege zu leiten. Hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Situation der Weimarer Republik beklagte man die *Ueberspannung des formalen parlamentarisch-demokratischen Prinzips*; man forderte eine Änderung des Wahlrechts; an die Stelle der Listenwahl sollte wie-

73 Zitiert nach ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 13, S. 82.

74 Ebd., S. 83.

75 CONZE, Adel, wie Anm. 31, S. 78.

76 Ebd.

77 Zitiert nach ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 13, S. 84.

78 Zitiert nach ebd.

der die Personalwahl treten.⁷⁹ Schärfer als in den Richtlinien von 1920 sprach sich die Partei in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre gegen eine *Sozialisierung in jeder Form* aus und verlangte die Einschränkung der Betätigung der *öffentlichen Hand in der Privatwirtschaft*. Sie bekannte sich zur *privaten Wirtschaftsordnung* und erblickte in der *Erhaltung des gewerblichen Mittelstandes [...] eine der ersten Pflichten und Aufgaben* der Partei. Für die Landwirtschaft forderte sie den gleichen Zollschutz wie für die Industrie; das Handwerk musste ihrer Ansicht nach besser im Reichswirtschaftsrat vertreten sein, und seine Fürsorgeeinrichtungen, insbesondere die Innungskrankenkassen, waren stärker zu fördern. In der Kulturpolitik hielt die Partei an der christlichen Schule, die *konfessionell zu gliedern* sei, fest.⁸⁰

Im Unterschied zur Zeit des Kaiserreiches beteiligte sich die DHP in der Weimarer Republik grundsätzlich an den Wahlen zu allen parlamentarischen Vertretungskörperschaften. Im Reichstag war sie in den 1920er Jahren mit vier bis fünf Abgeordneten vertreten.⁸¹ Wie im Kaiserreich bildeten auch in der Weimarer Republik der hannoversche Adel, die Bauern und Handwerker vorzüglich der althannoverschen Landesteile die Gefolgschaft der Partei.⁸² Das Wahlbündnis, das die Partei bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Wahlkreis 16 mit dem Zentrum geschlossen hatte, blieb eine Ausnahme und sollte sich bei den folgenden Reichstagswahlen nicht wiederholen.⁸³ Das Verhalten der Zentrumspartei in der Frage der Vorabstimmung 1924 trug zu einer Distanzierung beider Parteien bei. Die DHP trat in der Folgezeit in fraktionsähnliche Arbeitsgemeinschaften und Wahlbündnisse mit anderen kleinen Parteien ein, wie dem Bayerischen Bauernbund, der Deutschen Wirtschaftspartei, der Konservativen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei⁸⁴ und dem Christlich-sozialen Volksdienst.⁸⁵ Die gemeinsame föderalistische Orientierung führte dazu, dass seitens

79 Zitiert nach ebd.

80 Alle Zitate nach ebd., S. 84f. Die deutsch-hannoverschen Abgeordneten im preußischen Landtag stimmten am 9. Juli 1929 für das Konkordat, das der preußische Staat mit dem Heiligen Stuhl geschlossen hatte (Herbert HÖMIG, Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik, Mainz 1979, S. 196).

81 Reichstagsabgeordnete waren neben Ludwig Alpers, Hermann Colshorn, Georg Ernst Graf von Bernstorff und Heinrich Langwost Carl Sievers (1867–1925) (HERLEMANN, Lexikon, wie Anm. 16, S. 341), August Hampe (1866–1945) (S. 138f.), Heinrich Meyer-Bülkau (1878–1948) (S. 243), Friedrich Wilhelm Nolte (1880–1952) (S. 261), August Arteldt (1870–1948) (S. 28) und Adolf Freiherr von Hammerstein-Loxten (1868–1939) (S. 138).

82 PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 222, 234.

83 LENZING, Zentrumspartei, wie Anm. 15, 25 (2018), S. 124.

84 PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 341; CONZE, Adel, wie Anm. 31, S. 78f.

85 Günter OPITZ, Der Christlich-soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1969, S. 184f.

der DHP immer wieder Versuche unternommen wurden, sich enger mit der Bayerischen Volkspartei zusammenzuschließen. Da die BVP, in der man »nach ihrer sozialen Zusammensetzung und einzelstaatlichen Zielsetzung eine Art süddeutsches Gegenstück« zur DHP sehen konnte,⁸⁶ jedoch nicht vorbehaltlos die wichtigste politische Forderung der Deutsch-Hannoveraner, die Trennung Hannovers von Preußen, unterstützte, weil dies möglicherweise Gefahren für den territorialen Bestand Bayerns hinsichtlich der bayerischen Pfalz mit sich gebracht hätte, blieben derartige Bemühungen erfolglos.⁸⁷

Während die deutsch-hannoverschen Abgeordneten im preußischen Landtag häufig einen oppositionellen Kurs verfolgten und sich an einigen Misstrauensanträgen gegen die Regierung Braun beteiligten⁸⁸ – ein Zeichen für die andauernde Verbitterung über die Niederlage in der Vorabstimmung –, unterstützte die DHP im Reichstag in der Regel die Regierungen der bürgerlichen Mitte und des Präsidialregimes.⁸⁹ Dabei brachte sie vor allem Reichskanzler Heinrich Brüning wegen seiner *Arbeitskraft, seiner Ehrenhaftigkeit größte Hochachtung* entgegen und erkannte an, dass Deutschlands auswärtige Lage unter seiner Führung *eine Wendung* erfahren habe, so dass man sich nicht an den verschiedenen Misstrauensvoten beteiligte.⁹⁰ Die Regierung Papen wurde als *außerordentlich tatkräftig* bezeichnet, und man führte in diesem Zusammenhang die Reichsintervention in Preußen als Beispiel an; möglicherweise fand dieser Schritt der Reichsregierung in den Reihen der Partei aufgrund alter antipreußischer Ressentiments gewisse Sympathien.⁹¹

Die Unfähigkeit der Partei, außer der Freistaatsidee überzeugende politische Akzente zu setzen, ihre regionale Beschränktheit sowie organisatorische Mängel und finanzielle Schwierigkeiten förderten den Schrumpfungsprozess der DHP und die Abwanderung der Wähler zu radikalen Parteien.⁹² Wahrscheinlich begünstigte die DHP durch ihr Verhalten bei der Reichspräsidentenwahl 1925 die Abwanderung von Wählern zu den rechten Parteien. Waren 1924 14,9 % der Stimmen in den niedersächsischen Wahlkreisen auf die Partei gefallen, so sanken sie bis 1930 auf 6,9 %.⁹³ In den Wahlkämpfen der Endphase

86 PRILOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 274.

87 Ebd., S. 275-277.

88 Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985, passim.

89 Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 6: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart u. a. 1981, S. 191.

90 Reichstagsprotokolle, 1930, 32, 2, 56. Sitzung, 16. Oktober 1931, Rede Meyer-Bülkau, S. 2208.

91 ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 13, S. 85.

92 PRILOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 351-356.

93 FRANZ, Wahlen, wie Anm. 8, S. 96.

der Weimarer Republik sah die DHP in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) ihren gefährlichsten Gegner.⁹⁴ Man verurteilte vor allem die radikale Kampfesweise der Nationalsozialisten; deren Eintreten für die *Freiheit Niedersachsens* bezeichnete man als *Lüge oder Dummheit*, zumal der *nationalsozialistische Staatsgedanke [...] zentralistisch und Zentralismus [...] mit landschaftlicher Gliederung nicht vereinbar war*.⁹⁵ Der Kampf der DHP gegen die NSDAP blieb jedoch ohne Erfolg, wie die Wahlresultate verdeutlichten. Nur die überzeugten welfischen Anhänger, der »harte Kern« der DHP, blieben gegen den Nationalsozialismus immun und verharren bis 1933 ihm gegenüber in Abwehrstellung. Sie stellten jedoch nur noch eine verschwindende Minderheit der Wähler dar. Bei der Novemberwahl 1932 errang die DHP nur noch 2,5 %, bei der Märzwahl 1933 lediglich 1,7 % der abgegebenen Stimmen.⁹⁶ Sie hatte ihre Anhängerschaft, vor allem ihre mittelständische Basis in ihren ehemaligen Stammländern fast vollständig an die NSDAP abgegeben,⁹⁷ und zwar »eher im größeren Ausmaß als andere Parteien«.⁹⁸ Die Forderung nach »Selbstverwaltung im Eigenstaat« war das verbindende Element für alle Richtungen und Gruppierungen in der Geschichte der Partei gewesen; dieses politische Ziel hatte auch die Distanz zur nationalsozialistischen Bewegung mit begründet; es hatte allerdings bei der Masse der niedersächsischen Wähler seine Anziehungskraft verloren. Somit kann die Situation der DHP in der Endphase der Weimarer Republik in Parallele zu den letzten Jahren des Kaiserreiches gesetzt werden; für drängende wirtschaftliche und politische Probleme, wie sie in der Weltwirtschaftskrise offenbar wurden, schienen die Konzentration der DHP auf restaurative und föderalistische Vorstellungen sowie die Betonung des legitimistischen Standpunktes keine für die Wählermassen attraktiven Lösungen zu bieten.

Als Reaktion auf die Märzwohltaten 1933 forderte das Direktorium der DHP die Parteimitglieder auf, sich an der nun eingeleiteten nationalen Aufbauarbeit zu beteiligen, aber nicht *mit fliegenden Fahnen zu anderen größeren Gruppen* überzugehen.⁹⁹ Nachdem am 22. Juni 1933 das Verbot für die SPD ergangen war, löste sich auch die DHP am 30. Juni auf. Während die Partei im Reichstag nicht mehr vertreten war, beantragten die welfischen Abgeordneten im preußischen Landtag die Aufnahme in die NSDAP-Fraktion. Bereits im April hatten sich die welfischen Bürgervorsteher im hannoverschen Stadtparlament

94 PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 1, S. 357–360.

95 Zitiert nach ASCHOFF, Deutschhannoversche Partei, wie Anm. 13, S. 86.

96 FRANZ, Wahlen, wie Anm. 8, S. 96.

97 STEINWASCHER, Politik, wie Anm. 12, S. 182 f.

98 SCHMOLLINGER, Deutsche Partei, wie Anm. 28, S. 1028.

99 Zitiert nach VON ROHR, Bürgerlich, wie Anm. 35, S. 155.

ment der nationalsozialistischen Fraktion angeschlossen.¹⁰⁰ Während ein Teil der deutsch-hannoverschen Parteimitglieder den Anschluss an die NSDAP vollzog, zogen sich andere aus der Politik zurück. Bis zum Herbst waren die meisten welfischen Organisationen aufgelöst.¹⁰¹ Einige konnten jedoch »unter harmlosen Bezeichnungen wie ›Klub Sachsenroß‹ oder ›Heimatverein Treue‹ mit Hilfe von heimatkundlichen und kulturellen Aufgaben den Zusammenhalt« wahren.¹⁰² Unter maßgeblichem Einfluss von Alpers und des Stader Kreisvorsitzenden Heinrich Hellwege (1908–1991)¹⁰³ fanden sich ehemalige Parteiangehörige in der »Niedersächsischen Freiheitsbewegung« zusammen und führten konspirative Treffen durch; sie setzten auf diese Weise die Traditionen der DHP fort.¹⁰⁴

Die Gründung des Landes Niedersachsen nach dem Zweiten Weltkrieg, die weitgehend auf die Initiative der britischen Besatzungsmacht zurückzuführen war, bedeutete unter völlig veränderten Umständen eine Verwirklichung der Forderungen und Vorstellungen der DHP. Sie selbst fand in personeller und ideenmäßiger Hinsicht eine Fortsetzung in der 1945 gegründeten »Niedersächsischen Landespartei« (NLP), aus der die »Deutsche Partei« (DP) hervorging.¹⁰⁵

¹⁰⁰ SCHMIECHEN-ACKERMANN, Kooperation, wie Anm. 36, S. 38.

¹⁰¹ Ebd., S. 39.

¹⁰² MÜLLER/EHRHARDT, Demokratie, wie Anm. 17, S. 530 f.

¹⁰³ Claudius SCHMIDT, Heinrich Hellwege, der vergessene Gründervater. Ein politisches Lebensbild, Stade 1991.

¹⁰⁴ MÜLLER/EHRHARDT, Demokratie, wie Anm. 17, S. 643; SCHMIDT, Hellwege, wie Anm. 103, S. 44–50.

¹⁰⁵ Hans-Georg ASCHOFF, Die Deutsche Partei – Aufstieg und Niedergang einer Regionalpartei, in: Herbert OBENAUS/Hans-Dieter SCHMID (Hrsg.), Nachkriegszeit in Niedersachsen. Beiträge zu den Anfängen eines Bundeslandes, Bielefeld 1999, S. 73–85; ders., Programmatik, wie Anm. 20, S. 73–86; SCHMOLLINGER, Deutsche Partei, wie Anm. 28.